

Fernsehen

STREIT UM DIE AUSGEWOGENDSTE INDOKTRINATION

5 So wenig Helmut Schmidt, wenn er nach seinem Sommerurlaub am Brahmssee seine jährliche, Fernsehkritik rausläßt, bei den Betroffenen auf den rechten Ernst im Eingehen auf seinen Vorschlag eines fernsehfreien Familientags rechnen kann, so überflüssig, weil ganz von selbst ernstgenommen, sind seine neueren Klagen über die Schieflage des politischen Feindbildes im Fernsehen:

10 “Die Hausbesetzer wie die sowjetischen Abgesandten konnten ihre Sicht der Dinge in einer Intensität und Deutlichkeit darstellen, die den Blick verstellen für das, um was es politisch in Wahrheit geht.” (Brief an den ZDF-Intendanten v. Hase)

Die gewünschte Schärfung des Zuschauerblicks für die von der Regierung in die Welt gesetz ten politischen Wahrheiten, der das ZDF durch die Intendantenzusage einer “angemessenen
15 Dimension der Darstellung” nachkam, machte die ARD sogar zum Gegenstand eines regelrechten internen Wettstreits um die zeitgemäße journalistische Pflichterfüllung ohne Wenn und Aber, ausgetragen an der Berichterstattung zur Neutronenbombe. Edmund Gruber, neuer Chefredakteur von “Tagesschau” und “Tagesthemen”, eröffnete die Kontroverse mit der Klarstellung gegenüber seiner Redaktion, wo journalistische Interpretationskunst staatlicher Beschlüsse ihre Grenzen hat.
20 Er verordnete die Streichung der Worte “umstritten” (Neutronenwaffe) und “zunächst” (nur in den USA stationiert), ließ die Einholung des demokratischen Meinungsspektrums (von Bahr, SPD, bis Marx, CDU) entfallen, um die “Diskussion um das Für und Wider der Neutronenwaffe nicht neu anzuheizen”, und sagte eine Reportage über die Reaktion in Moskau “mangels Nachrichtenwert” ab:

25 “Es stimmt, daß ich am Montag keine Überspielung aus Moskau zuließ. An eine Überspielung hatte ich die Bedingung geknüpft, daß sich aus Moskau etwas Neues melden ließe. Das war... an diesem Tage nicht der Fall.” “Bauer solle nur berichten, wenn er sowjetische Gegenmaßnahmen mitteilen könne.”

30 Daß der Aggressor im Osten sitzt und in der entgegengesetzten Himmelsrichtung unser bester Freund, an dieser politischen Tatsache mochte Gruber nichts gedeutelt wissen:

“Es stimmt, daß ich (um mich in meiner eigenen Redaktionsrunde im Verlauf der verqueren Diskussionen, die mir da geboten wurden, zu orientieren) die Frage stellte: Ja, sind Sie denn nicht froh, daß sich die Amerikaner für uns stark machen?”

35 Diesen freiheitlichen Gründkonsens als Diskussionsgrundlage erst herstellen zu müssen, disqualifizierte für den Chefredakteur sonnenklar die journalistischen Fähigkeiten seiner Mitarbeiter: “Ich dachte, als ich hierherkam, ich hätte es mit Profis zu tun.” Was blieb ihm also anderes übrig, als qua Amt der professionellen Sicht der Dinge an dafür geeigneten Informationen zur Durchsetzung zu verhelfen:

“Für mich als Chefredakteur von ARD aktuell gilt nicht indoktrinieren, sondern informieren.”

Da war dann die Reagan-Erklärung über eine prinzipielle Verhandlungsbereitschaft mit der Sowjetunion wesentlich neuer als die leidige inländische Diskussion zur Neutronenbombe und Weinbergers offener Äußerung über die Stationierung dieser Waffe in Europa nicht so “stark” wie die Meldung, daß vorher die Russen schon mit ihr hantiert haben.

“Wir müssen gleich klarmachen, daß auch die Sowjets da rumfingem!” Alle “redaktionelle Arbeit” ist am “output” zu messen, also an dem, was “an die Öffentlichkeit geht”, stellte Edmund Gruber nach Ablauf der “stürmischen Neutronenwaffen-Woche” fest und zitierte nicht ohne Stolz auf seinen “qualifizierten Journalismus” den leitenden Kollegen der Nachrichtensendungen vom ZDF:

“Wir hätten, so sagte er, die Woche mit der Neutronenwaffe viel besser in den Griff bekommen als das ZDF. Er würde mich um diesen Tatbestand beneiden.”

Diesem Urteil ihres Chefs über die demokratische Qualität ihres Berufs: von oben geschaffene Tatsachen fürs davon betroffene Publikum “in den Griff zu bekommen”, stimmten seine Kritiker zu. Daß die “Objektivität” des Öffentlichkeitsarbeiters in der nationalbewußten Auswahl und staatsverantwortlichen Interpretation dessen besteht, was den Leuten als Information verkauft wird, war auch ihnen vertraut. So war es auch nicht die Neutronenbombe und der mit ihrem Bau verfolgte Zweck, der den Streit in der Redaktion der Hamburger “Tagesschau” “zur Explosion brachte” (Gong)

“Der Filmdienstleiter betont, es gehe nicht darum, ob er persönlich für oder gegen die Neutronenwaffe sei. Seine journalistische Pflicht sei es, auf VoUständigkeit zu achten.” -, sondern die Methode ihrer adäquaten Verarbeitung zur tauglichen Nachricht.

Das Arsenal gängiger Ideologien zum Beruf des demokratischen Meinungsmachers, welches die Redakteure dabei als Indiz für ihr Pflichtbewußtsein und gegen ihren Chef ins Feld führen, sah im Vergleich zu dessen Position einer schnörkellosen Meinungsbildung ziemlich alt aus (einem gestandenen Propagandaredakteur ist nämlich schon der bloße Schein der Problematisierung Kritik der eindeutigen Botschaft an das Publikum): Was soll die Rede von der “Vollständigkeit” als Argument für einen Kommentar über die Moskauer Reaktion auf eine Waffe, von der vollständig klar ist, daß exakt dorthin ihre Wirkung kalkuliert ist; was das pflichtgemäße Beharren auf “Ausgewogenheit” angesichts des für sie gültigen Maßstabs der Parteienkonkurrenz, in der sich Regierung und Opposition sehr ausgewogen über einen Punkt einig sind, daß für “unsere Verteidigungsbereitschaft” und gegen ein Herumdiskutieren an “unserer amerikanischer Freundschaft” nie genug getan werden kann. Was schließlich bringt zu Zeiten, wo “unsere Interessen” weit außerhalb der Landesgrenzen als zu verteidigende feststehen, daneben noch das “wehleidige” Insistieren auf einem “Recht des Zuschauers”.

Beschwerdebrieffrei allerdings war die Situation für einen Teil der Tagesschau-Redaktion da, wo ihr mittels der ebenso einfachen wie politisch aktuellen Freund-Feind-Gleichung (“auf welcher Seite stehen Sie eigentlich?”) die Anerkennung der Konstruktivität für die gemeinsame Sache der Nachrichtengebung bestritten wurde.

Ob aus der Position der Ehrverletzten:

“Das ist der schwerste Vorwurf, den man einem Nachrichtenjournalisten machen kann. Wir halten ihn für berufsschädigend.” (die betroffenen Redakteure),

oder in der herben Form der Beschimpfung:

5 “Gruber ist ein halbseidenes Bürschchen, das nur durch Opportunismus dort hochgeschwemmt worden ist. Das fällt jetzt alles auf die ARD zurück.” (Gruber-Vorgänger D. Gütt)

- die Reaktion war entsprechend. Gruber hätte wissen müssen: nichts bringt einen demokratischen Journalisten so sehr auf die Palme, als wenn man mit dem Vorwurf des “Gesinnungsjournalismus” seine richtige Gesinnung bezweifelt.

10 War so auch das Resultat des Redaktionsstreit ein einhelliger Solidarisierungsakt der streitenden Parteien gegen allen Tendenzjournalismus im Sinne einer gemeinsamen Verantwortung für die herrschende Tendenz, galt es doch noch den *Fernsehskandal* beizulegen, den sie angezettelt hatten, indem sie ihre wechselseitige Bestreitung der charakterlichen Kompetenz für das verantwortungsvolle Geschäft der Nachrichtengebung *öffentlich* austrugen. Den gegen beide
15 Seiten aus diesem Grunde öffentlich ausgesprochenen Disziplinarmaßnahmen blieb es deshalb vorbehalten, eindeutig klarzustellen: In diesen harten Zeiten gilt ganz besonders das “Recht des Zuschauers” auf Vertrauenswürdigkeit seiner staatlichen Nachrichtengebung. Und das gefährdet auch der nicht ungestraft, der dabei nichts anderes als seine Bewahrung im Sinne hat.